Wahlprüfsteine des Vereins zur Föderung der Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg -AK Politik für den Wahlkreis 67 (Bodenseekreis)

#	Fragen	Volt	Klimaliste	FDP	B90 / Die Grünen	B90 / Die Grünen	Die Linke	CDU	SPD
1	**Wenn Sie an Klimawandel denken, dann …**	Die Ignoranz der aktuellen Politik Selbst bei Umsetzung aller Maßnahmen der Bundesregierung werden wir unserer Beitrag zu unserem selbstgesteckten Ziel verfehlen.	… denken wir an die größte Aufgabe, die die Menschheit vor sich hat. Klimakrise ist jetzt, sie ist allgegenwärtig und die Auswirkungen sind bei uns spürbar. Die Krise lässt sich nur global und systemweit lösen, daher ist sie auch eine Chance: Als reiches und innovatives Land kann Baden-Württemberg Vorreiter bei der Bewältigung der Klimakrise sein, wenn man die richtigen politischen Rahmenbedingungen schafft.	…sehe ich das Leitbild von uns Freien Demokraten: „Schützen durch Nützen" vor Augen . Wir sehen die Bewirtschaftung und den Erhaltungswert der Natur ausdrücklich als Teil dieser Aufgaben an. Ein Beispiel ist die Aufforstung. Wir sind der Meinung, dass wir die Klimaziele von Paris erreichen, indem wir CO_2 durch einen internationalen Emissionshandel deckeln und ein strikktes CO_2-Limit einführen. Die Verknappung des CO_2-Ausstoßes schafft innovationsfreundliche arktmechanismen und fördert die effizientesten technischen Lösungen zur CO_2-Einsparung. Daher möchten wir auch die Co2 Speicherung im Wald und Holz als Anreiz für Waldbesitzer entlohnen.	Die Klimakrise ist die größere Krise. Die Entwicklung ist besorgniserregend. Auch 2020 war wieder ein zu heißes Jahr und es hat zu wenig geregnet. Unsere Wälder sterben, sie leiden unter der Dürre und in der Folge unter Schädlingen. Die Grundwasserstände und Quellschüttungen sind historisch niedrig. Das EU-Klimaziel 2030 auf minus 55 Prozent Treibhausgase reicht nicht. Wir müssen dringend nachbessern zum Beispiel beim CO2-Preis, bei der EEG-Novelle und bei der Energieeffizienz. Der Kohleausstieg muss früher kommen. Die Mobilitäts- und Energiewende muss uns gelingen. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe: Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik, Sicherheitspolitik: Wir müssen alles zusammen mit Klimaschutz denken. Mit unserem Klimaschutzgesetz sind wir in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg. Es ist aber nur ein Anfang.	Denke ich an die wohl größte Herausforderung, die uns je als Menschheit bevorstand. Und dabei sind die Folgen nicht nur für die künftigen Generationen spürbar, sondern bereits für uns. Naturkatastrophen, Klimaflüchtlinge, steigende Meeresspiegel usw. Was diese Krise so herausfordernd macht ist die Tatsache, dass wir sie nicht alleine bekämpfen können und nicht den Schaden auf außerhalb unserer Grenzen beschränken können. Über die Jahre, so scheint es mir, haben wir den sozialen Draht zu vielen Teilen in der Welt verloren und es fällt uns schwer diesen wieder so wohl aufzubauen, wie uns die Bedrohungen, die gerade in dem armen Ländern bereits zur Realität erstarkt sind, auch auf uns zu beziehen und unsere Konsequenzen darauz zu ziehen.	sehe ich aufgrund der wissenschaftlichen Eiterntnisse des Weltklimarats (IPCC) enormen Handlungsbedarf. Wenn man nicht umgehend und weitreichend Handeln werden wir die Klimakippunkte erreichen, welche den Prozess unaufhaltbar und irreversibel beschleunigen werden. Dürren, Nahrungsknappheit, Waldbrände, Hitzetote und Starkwetterereignisse sind die Folge. Nimmt man die Wissenschaft ernst, dann steht nicht weniger als der Fortbestand des menschlichen Lebens auf dem Spiel.	denke ich an die größte politische und gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Aber auch an die Chancen, die es mit sich bringt, wenn man Ökologie und Ökonomie zusammendenkt, um mit Innovationen für neue Technologien in Deutschland Vorreiter zu sein.	… fühle ich vor allem Verantwortung. Wir haben es jetzt in der Hand, entscheidende Weichen zu stellen, bevor die Schäden in den kommenden Jahren irreversibel werden. Die Klimakrise ist eine existenzielle Zukunftsfrage und sie ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir schulden es nicht erst den kommenden Generationen, den Klimawandel aufzuhalten. Bereits jetzt leiden viele Menschen sehr konkret und wir beginnen erst, das Leid zu überblicken. Ich fühle mich in der Verantwortung, für einen sozial gerechten Klimaschutz zu kämpfen, hinter dem wir die Menschen versammeln können. Das bedeutet auch, durch massive Investition neue Jobs zu erschaffen, die nachhaltig sind, um Wohlstand und Klimaschutz zu vereinen. Das heißt, Ressourcenschonende Technologien zu fördern. Und es bedeutet, zu hinterfragen, ob wir mit dem bisherigen Verständnis von kurzfristigem Wachstum auf Dauer gut fahren. Wir haben mit Hermann Scheer und von Weizsäcker bereits die sozialökologische Wende als SPD in Baden-Württemberg gestärkt und u.a. die Energiewende mit eingeleitet. Diesem Ansatz fühle ich mich politisch verpflichtet.
2	**Welche sozialen Themen sind für Sie die Dringlichsten in Baden Württemberg?**	Die Altersarmut durch atypische Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Halbtagsjobs bei z.B. Alleinerziehenden. In unserem wohlhabenden und innovativem Land ist dies ein ungerechte Benachteiligung.	In unserem Leitbild, der Klimagerechtigkeit, sind viele Dimensionen sozialer Gerechtigkeit enthalten. Ein wichtiger Baustein ist die Einkommensgleichheit: Die faire Bezahlung aller Berufe, besonders auch derer in der Gesundheitsbranche, ist uns wichtig und das Land kann hier einen großen Anteil leisten. Auch die Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land ist uns ein Anliegen. So soll die Infrastruktur im Allgemeinen und der ÖPNV auf dem Land massiv ausgebaut werden. Ebenso setzen wir uns für Geschlechter- und Generationengerechtigkeit ein. Neben sozialer Gerechtigkeit innerhalb Baden-Württemberg heißt Klimagerechtigkeit aber auch globale Gerechtigkeit. Daher setzen wir u. A. für ein Lieferkettengesetz ein und stehen für eine Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund.	Die Zahl aller Menschen, die qualifiziert betreut werden müssen, steigt stetig an. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen alle zusammenwirken: Wir brauchen den Einsatz der Familienangehörigen, das Angebot privatver und kommunaler Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen, die Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf qualifiziert, anspruchsvoll und menschlich betreuen und pflegen. Das Land muss die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen. Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, das bestehende Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen kritisch überprüfen.	Der Schulerfolg eines Kindes hängt immer zu sehr von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab. Die Corona-Krise hat die Kluft zwischen den Schüler*innen noch vergrößert. Die einen hatten einen Computer und schnelles Internet zu Hause und Eltern, die ihnen beim Homeschooling helfen konnten. Die anderen hatten das nicht. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Es wird Zeit, dass sich das ändert. Deshalb brauchen wir eine Kindergrundsicherung. Ein niesengroßes Problem ist es für Menschen mit geringem Einkommen, überhaupt bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der ungebremste Preisanstieg bei Wohnimmobilien ist alarmierend. Wohnen als soziales Grundbedürfnis wird für immer mehr Menschen im Land zu einer Herausforderung. Wir brauchen unbedingt eine neue Wohngemeinnützigkeit, die dafür sorgt, dass in den nächsten zehn Jahren eine Millionen zusätzliche, dauerhaft bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Noch nicht absehen können wir die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die Schere geht immer weiter auf. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass das System der sozialen Sicherung im Krisenfall nicht ausreichend schützt. Die Hartz IV Regelsätze reichen nicht wirklich zum Leben. Ein riesengroßes Problem ist eine fehlende Garantiesicherung. Wir müssen Menschen – anders als mit Hartz IV – auf Augenhöhe unterstützen, das soziokulturelle Existenzminimum sichern und verdeckte Armut muss auch bei uns im Land weniger werden. Wir brauchen gerade jetzt eine Grundsicherung, die auf Sanktionen verzichtet und frei von Stigmatisierung ist. In der Zukunft sollte jede und jeder in unserer Gesellschaft verlässlich vor Armut geschützt sein. Nur so können wir unsere Gesellschaft zusammenhalten.	Dringliche Themen sehe ich überall, sei es beim Wohnen, der Bildung oder Gleichberechtigung. Aber das Fundament für einen lösungsorientierten Diskurs bildet stets der demokratische Diskurs, bei dem jeder mit gleichem Ansehen eingeladen wird teilzunehmen. Misstrauen, ein Rechtsruck und Zweifel in unsere Demokratie behindern es, Lösungen und Fortschritte zu erzielen. Dabei kann an vielen Stellen angepackt werden und vieles hängt zusammen. So braucht es mehr Demokratiebildung in den Schulen, aber auch ermöglicht eine Verbesserung der Lebensgrundlagen, ich habe sie oben bereits angesprochen, das Vertrauen und die Fähigkeit sich auf Institutionen zu verlassen. Nun scheint das ein Teufelskreis zu sein, doch Vertrauen aufbauen wird auch durch klare Fahrpläne, mutige, aber durchdachte Vorschläge und bürgernahe kleinere Projekte erreicht. Wir müssen ein Gleichgewicht erschaffen um Entwicklungen endlich anzustoßen; die Zeit läuft uns davon.	Vornehmlich Armut und gute Arbeit zu fairen Löhnen sowie der Strukturwandel aufgrund der Klimakrise und Digitalisierung. Unter der Grün-Schwarzen Landesregierung ist die Armut auf ein Rekordniveau gestiegen. Jedes Ste Kind ist in Baden-Württemberg von Armut betroffen. Frauen verdienen in BaWü im Schnitt 25% weniger als Männer. Damit hat BaWü den größten Gender-Pay-Gap im gesamten Bundesgebiet. Leiharbeit, Befristungen und Niedriglohn sind auch hierzulande ein großes Thema. Wanderarbeiter*innen werden für Prestige Projekte wie Stuttgart 21 hemmungslos ausgebeutet. Öffentliche Vergaben und Investitionen werden nicht an sozial-ökologische Standards geknüpft. Ein Großteil der Lehrer*innen werden an den Sommerferien gekündigt und müssen zum Arbeitsamt. Das ist nicht nur respektlos, sondern verkennt den Wert der Bildungsarbeit für unsere Gesellschaft. Beim Automobilkonzernen und Zulieferern wie zum Beispiel Daimler-Bere wurden aufgrund des Strukturwandels massenhaft Arbeiter*innen gekündigt, aufgrund der Corona Krise wurden staatliche Kurzarbeit Gelder in Anspruch genommen. Gleichzeitig steigert der Konzern seine Dividenden für Aktionäre und schüttet 1,4 Milliarden Euro aus. Laut Pisa Studien ist die Bildungschance von Kindern stark abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir fordern einen Strukturwandel der nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird. Alle müssen die Chance auf Umschulung und Weiterbildung bekommen. Wir stehen für einen vom Land finanzierten Bildungsfond. Darüber hinaus gilt für uns: Bildung von Kita bis Uni gebührenfrei. Auch im Bereich der Gesundheit gibt es einiges zu verbessern. Für uns ist es wichtig, dass mit dem Leid anderer verlässlich vor Armut geschützt werden. Für uns gehören Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in die öffentliche Hand. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass Applaus nicht reicht. Wir fordern mehr 500€ mehr Grundgehalt für Pflegekräfte.	Ch will in einem Bodenseekreis leben, in dem wir in den Kitas und Schulen, den Grundsätzen für eine erfolgreiche Zukunft unserer Kinder legen. Denn eine gute Bildung ist die Grundlage für ihren Lebensweg. Jede soziale Gerechtigkeit rührt vom wirtschaftlichen Erfolg eines Landes her. Wir gute (Aus-)Bildung genossen hat, hat die besten Chancen auf einen hochqualifizierten zukunftssicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz und ist nicht auf staatliche Hilfe angewiesen. Ein Großteil der Lehrer*innen werden an den Sommerferien gekündigt und müssen zum Arbeitsamt. Das ist nicht nur respektlos, sondern verkennt den Wert der Bildungsarbeit für unsere Gesellschaft. Beim Automobilkonzernen und Zulieferern wie zum Beispiel Daimler-Bere wurden aufgrund des Strukturwandels massenhaft Arbeiter*innen gekündigt, aufgrund der Corona Krise wurden staatliche Kurzarbeit Gelder in Anspruch genommen. Gleichzeitig steigert der Konzern seine Dividenden für Aktionäre und schüttet 1,4 Milliarden Euro aus. Laut Pisa Studien ist die Bildungschance von Kindern stark abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir fordern einen Strukturwandel der nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird. Alle müssen die Chance auf Umschulung und Weiterbildung bekommen. Wir stehen für einen vom Land finanzierten Bildungsfond. Darüber hinaus gilt für uns: Bildung von Kita bis Uni gebührenfrei. Auch im Bereich der Gesundheit gibt es einiges zu verbessern. Für uns ist es wichtig, dass mit dem Leid anderer verlässlich vor Armut geschützt werden. Für uns gehören Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in die öffentliche Hand. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass Applaus nicht reicht. Wir fordern mehr 500€ mehr Grundgehalt für Pflegekräfte.	Nichtes entscheidet so sehr über die sozialen Strukturen unserer Gesellschaft, wie die Bildungspolitik. So lange Bildungserfolg und Herkunft so stark voneinander abhängig sind, kann keine soziale gerechte Gesellschaft entstehen. Jeder Mensch muss die Freiheit haben, seine Ziele zu erreichen, unabhängig von der Herkunft. Ich trete daher für gebührenfreie Bildung von der KiTa bis zum Master oder Meister ein. Jeder und jede braucht Zugang zu bestmöglicher, digitaler und analoger Bildung, dafür stehe ich mit der SPD wie keine andere Partei im Land. Darüber hinaus birgt wohl kaum ein Thema so große, soziale Sprengkraft, wie die Frage des mangelnden, bezahlbaren Wohnraums. Wenn gerade Menschen mit wenig Einkommen bis zu 50% ihres verfügbaren Monatseinkommens für die Miete ausgeben müssen, haben wir ein enormes Problem. Wir haben viele, konkrete Vorschläge für mehr bezahlbaren Wohnraum vorgelegt und ich kann es kaum abwarten, die grün-schwarze Landesregierung zu beenden und mit der SPD endlich den Schalter umzulegen. Das Weiteren müssen wir dafür Sorgen, dass der Pflegenotstand bekämpft wird, denn bereits vor Corona hat hier eine stille Krise stattgefunden. Wir müssen sowohl die Pflegenden als auch die Gepflegten besser auffangen und dafür sorgen, dass ein Alt werden in Würde möglich ist.
3	**Worin drückt sich für Sie der soziale Zusammenhalt im Ländle aus und worin sehen Sie diesen gefährdet?**	Gemeinschaft beim Fußball, dem Wandern und im Verein. Rassismus trotz dem europäischen Umfeld im Vierländereck.	In der Corona-Krise hat das Land gezeigt, was es kann: Zusammenhalten, sich gegenseitig helfen, und mit klugen Ideen unser Zusammenleben gestalten. Aber Corona hat auch wieder gezeigt: In jeder Krise werden die wirtschaftlich Schwächsten am stärksten getroffen. Das gilt für die Klimakrise auch, die uns in jedem Jahr stärker trifft und unsere Lebensgrundlagen angreift.	Während meiner politischen Arbeit im Landtag habe ich bemerkt, dass man grundsätzlich auch überparteilich sehr gut zusammen arbeiten kann, die meisten meiner Kollegen wissen, dass wenn es um ein gemeinsames Ziel geht, eine Partei nicht die Grenze sein kann – das ist für mich als Mitglied des Salemer Gemeinderates ebenso. Gefährdet sehe ich diese Zusammenarbeit durch einige Mitglieder der AfD, welche sich dem sachlichen Austausch nicht anschließen wollen und lieber mit ideologischen Parolen um sich schmeißen.	Viele Menschen auch bei uns in Baden-Württemberg spüren die Erosion des sozialen Zusammenhalts. Unser Baden-Württemberg ist ein wohlhabendes, innovatives, wirtschaftlich erfolgreiches Land. Doch das Ländle ist wie ganz Deutschland auch ein ungleiches Land. Die Spaltung zwischen Arm und Reich ist eine reale Gefahr. Wenn sich nicht jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft entfalten und teilhaben kann und der Wohlstand nicht allen zugutekommt, riskieren wir, dass der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, immer schneller zerbröselt. Die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgekrisen wird noch Monate und Jahre dauern. Wir brauchen eine faire Verteilung der Lasten. Gefährlich wird es, wenn wir Einzelne oder ganze Milieus abhängen und verlieren, wenn gesellschaftliche Gruppen ihre Sonderinteressen vertreten, also zung gegen Alt oder Stadt gegen den ländlichen Raum, Gärnpfte gegen Nicht-Gärnpfte. Mit Sorge sehe ich die Verrohung der Sprache, die Diskriminierung von Minderheiten, rechtsextreme Tendenzen und die Verbreitung von Verschwörungserzählungen.	Wir sind eine sehr wohlhabende Region. Wir haben wenige Brennpunkte und meiner Ansicht nach ist der Trauer vieler immer noch die Familie, Eigenheim und eine sichere Anstellung. Obwohl viele sich diesen Traum erfüllen können und wir ein starkes soziales Netz haben fühlen sich viele bedroht, weil sie Angst haben diesen zu verlieren, ihn gefährdet sehen oder sich allmählich abgehängt fühlen, wie im Bereich der Digitalisierung. Nur wer etwas hat, kann auch Sorge darum haben. Aber diese Sorge muss man auch ernst nehmen. Wir dürfen uns nicht darauf ausruhen und gleichzeitig auch zeigen, dass ein mutiger Blick in die Zukunft, Veränderungen und Innovationen die Lebensverwirklichung unserer Gesellschaft nicht behindert, sondern sie zukunftsfest macht. Es bringt nichts, solange an Stadt gegen den ländlichen Raum, Gärnpfte gegen Nicht-Gärnpfte, Alt gegen Jung, Arbeiter; all das muss auch morgen in unserem Ländle gesichert und auf einem hohen Standard liegen, aber die Details müssen wir uns angesichts der rasenden Digitalisierung, dem Klimawandel, Umstrukturierungen in der Demografie und Gesellschaft sowie dem Flächenverbrauch erneut genauer ansehen und anpacken.	Mit wissenschaftlichen Ansätzen und Erlenntnissen. Zum Beispiel vom Weltklimarat oder dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Außerdem mit einer Gemeinwohlorientierung in der Wirtschaft und der öffentlichen Vergabe.	Mit der von der CDU initiierten Klimaschutzstiftung des Landes ist ein erster guter Schritt zur Reduzierung des CO2-Fußabdruckes erfolgt. Nun gilt es, den zweitstreibigen Plan der Netto-Klimaneutralität der Landesverwaltung mit landeseigenen Unternehmen, der gesamter Flotte und Dienstreisen bis zum Jahr 2025 zu erreichen. Parallel müssen Schritte zur Entbürokratisierung beim Ausbau der erneuerbaren Energie, insbesondere Photovoltaik, angegangen werden. Zudem muss die Forschung und Entwicklung in nachhaltige Technologie muss ausgebaut werden.	Ich kenne keine Region und kein Ländle, das so liebenswert ist, wie unseres. Ich macht aus, dass wir uns gleichzeitig Höchstleistungen abverlangen und als Kläpsele die Welt verändern. Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass es jenem Nachbarn gut geht und die gemeinsam Vorankommen. Dieser Gemeinsinn ist eine unserer größten Stärken. Gesehen haben wir das zuletzt bei der Corona-Pandemie, bei der unglaublich viele Menschen füreinander eingezandan sind. Wichtig ist aber: dieser Zusammenhalt ist aktuell teuer erkauft, weil sich manche Menschen in Hilfe- und Pflegeberufe und im Alltag aufopfern, damit unsere Gesellschaft funktioniert. Bei der Verteilung von Wohlstand und Lebensqualität sind sie aber oft im Hinterteiffen. Eine meiner Kernanliegen ist es deshalb, dafür zu sorgen, dass die Heldinnen und Helden und dejenigen, die nicht erst während der Pandemie dafür gesorgt haben, dass unsere Gesellschaft funktioniert, nicht in Vergessenheit geraden, wenn die Krise vorbei ist. Wir kämpfen für konkrete Verbesserungen für diese Menschen. Des Weiteren gefährden auch in Deutschland die Sorte Hass und Angst unseren Zusammenhalt, die in den USA Trump und in Großbritannien den Brexit ermöglicht haben. Rechtspopulisten versuchen mit ekelhaftesten Methoden, dieses Land, seine Vielfalt und Werte zu unterlaufen, ohne irgendwelche eigenen Konzepte zu präsentieren. Ich kämpfe deshalb für eine Politik, die alle einbezieht und gegen Hass und Hetze.
4	**Kennen Sie die Ansätze der GWÖ und wo ist es Ihnen begegnet?**	Ja. Für das Bundestagswahlprogramm habe ich diese mit meinem Team innerhalb der sozialen Marktwirtschaft 4.0 diskutiert.	Ja, wir haben uns in unserem Programm explizit zur Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft bekannt. Ein Auszug: „Wir wollen die Wirtschaft so gestalten, dass sie den Menschen und dem Leben, also dem Gemeinwohl, dient. Ziel ist die Befriedigung der Bedürfnisse aller innerhalb der Grenzen des Planeten. Die Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass dieses Ziel zum Optimierungskriterium der Wirtschaft wird. Das Land Baden-Württemberg nimmt eine Vorbildfunktion ein, indem landeseigene Unternehmen beispielsweise eine Gemeinwohlbilanz aufstellen."	Gemeinwohl-fördernde Werte sind mir bisher meist in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten begegnet. Eine Gesellschaft auf dem Wohlstandsniveau des Landes Baden-Württemberg ist ohne ehrenamtliches Engagement nicht lebensfähig. Einzelne, die sich ehrenamtlich engagieren, vor allem aber Vereine und Gruppen, die sich zu ehrenamtlichem Engagement zusammengeschlossen haben, leisten Tag für Tag Arbeit, auf die wir nicht verzichten können. Sie verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung.	Wohlstand ist mehr als Wachstum. Wir befinden uns im Zeitalter großer Transformationen. Nachhaltigkeit darf dabei nicht auf der Strecke bleiben. In der Praxis der Unternehmsführung gilt jedoch leider größtenteils nach wie vor: Shareholder Value, also der Wert eines Unternehmens für einzelne Aktionäre und Aktionärinnen, vor Stakeholder und Public Value, sprich dem Wert, den ein Unternehmen für alle Mitwirkenden und die Allgemeinheit erfüllt. Gemeinwohl-Unternehmen kann grundsätzlich jedes Unternehmen werden – vom Hotel in Friedrichshafen bis zum Outdoor-Ausrüstungshersteller in Tettnang, ich freue mich über alle, die die Initiative ergreifen. In der vergangenen Woche habe ich virtuell die Firma Sonett in Deggenhausertal besuchen dürfen. Das Unternehmen orientiert sich nicht nur an Gemeinwohlökonomie, sondern zieht Verantwortungsökonomie vor. In unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 steht, dass wir Grüne die Gemeinwohlökonomie stärken möchten. Dafür wollen wir im Wirtschaftsministerium eine Anlaufstelle für Gemeinwohlökonomie (GWÖ) schaffen. Alle Unternehmen, die eine Gemeinwohlbilanz erstellen, sollen leichte Zugänge zu Fördermitteln erhalten. Begegnet ist mir Gemeinwohlökonomie also in meinem Wahlkreis und in unserem Wahlprogramm.	Die oben beschriebenen Sorgen werden oft durch die Fehlannahme gestützt, Ökonomie, Ökologie, Gemeinwohl und gesellschaftlicher Fortschritt schließen sich gegenseinander aus. Dies ist aber ein Trugschluss und verstärkt Tendenzen des bröckelnden Vertrauens und Mut zum Angacken. Gerade an diesem Punkt springt herrlich passend die GWÖ ein. Sie beschreibt, dass ein solcher Einklang möglich sein kann. Allerdings darf das Vorgehen nach einem solchen Plan auch nicht blind geplant werden. Es bedarf einer stärkeren Kontrolle und Überwachung der Entwicklungen, wie es dieser eine Gemeinwohl- Bilanz geschehen könnte. Es bedarf eine intensive Kooperation zwischen den Akteuren einer Gesellschaft, neben Bürger*innen genauso die Unternehmen. Zeigen wir auf, wie ein Zusammenspiel der Faktoren aussehen kann, schenken wir Gewissheit, Verständnis und Zuversicht.	Die Ansätze der GWÖ kenne ich nicht nur aus unserem Wahlprogramm, sondern auch aus dem wissenschaftlichen Kontext an der Uni und aus der Regionalgruppe Bodensee-Oberschwaben. Ich konnte bisher an einigen wenigen Treffen teilnehmen und eine Veranstaltung der GWÖ an der Zeppelin Uni organisieren. Darüber hinaus konnten wir die GWÖ an Großkreisläs der FridaysForFuture Ortsgruppe beteiligen und Redeslots zur Verfügung stellen. Demnach hatte ich bisher so manche Begegnung mit den Ansätzen der GWÖ.	Ja, in der Presse.	Viele Anliegen der Gemeinwohl-Ökonomie sind den Grundwerten und Zielen der Sozialdemokratie sehr ähnlich. Wir wollen, dass sich das Wirtschaftssystem am Wohl aller Menschen orientiert und nicht andersherum. Dafür zu sorgen, dass wir den Erhalt von Natur und Umwelt, soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität in den Mittelpunkt stellen, ist für mich somit eine große Gemeinsamkeit und entspricht übrigens auch den Gründen, aus denen ich mich heraus begonnen habe, politisch in der SPD zu engagieren. Aber Ziele alleine reichen hier nicht aus. Letztlich kommt es darauf an, Mehrheiten in unserer demokratischen Gesellschaft zu gewinnen, um diese auch zu erreichen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir den Menschen Ängste vor Veränderungen nehmen und aufzeigen, dass sie bspw. durch Umstellung unserer Wirtschaft auf einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen nicht in ihrer Existenz bedroht sind. Ich beschäftige mich daher auf politischer Ebene damit, wie wir die gemeinsamen Ziele von Gemeinwohl-Ökonomie und der Sozialdemokratie mit dem nötigen Nachdruck politisch voranbringen, um demnch ausreichend Menschen mitzunehmen. Erstmals begegnetem mir die Ansätze der Gemeinwohl-Ökonomie in meinem Studium. Seither habe ich mich immer wieder in verschiedenen Bereichen damit beschäftigt.
5	**Welche Aspekte der Nachhaltigkeit sind Ihnen besonders wichtig?**	Von den vielen Herausforderungen ist das Klima am dringlisten und trägsten des Systems Erde. Jedoch dürfen wir die Augen nicht vor den weiteren Säulen des Umweltschutzes verschließen. Artenvielfalt im Ländle, Verlagerung der Minenarbeiten ins Ausland (Umweltschutzlien, Arbeitsbedingungen, Ressourcenkriege), Chemieabfälle der Textilindustrie und der deutschen Definition von Recyclingrate durch "thermische Verwertung"…	Wir setzen uns für eine soizal gerechte Politik im Einklang mit den planetaren Grenzen ein. Das schließt den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen, einschließlich der Atmosphäre, ebenso ein wie Generationengerechtigkeit. Für alle Bereiche der Gesellschaft haben wir Ideen entwickelt, wie sie sich klimagerecht gestalten lassen – von Energie über Landwirtschaft bis zur Bildung. Mir persönlich ist das Thema Ernährung und somit das Thema Landwirtschaft eine Herzensangelegenheit. Eine klimafreundliche Ernährung und faire Preise für die Produkte und Löhne für die Erzeuger*innen sind einfach wichtig.	Mir ist es besonders wichtig, die regionale Landwirtschaft weiterzuentwickeln, indem dringend benötigte Prüf- und Versuchsfelder mit Schwerpunkt Pflanzenschutz, Produktionstechnik und Saatgut ebenso ausgewaitet werden, wie kontinuierliche Aus- und Fortbildungsangebote für den nachhaltigen integrierten Pflanzenschutz und Biodiversitätsmaßnahmen anzubieten.	Eines der UN Agenda 2030 Ziele ist sauberes Wasser. Seit Beginn meiner politischen Arbeit, die mit meiner Wahl in den Landtag im Jahr 2016 begann, setze ich mich gegen eine Aquakultur IM Bodensee ein. Die Grün-Schwarze Landesregierung plant noch immer eine riesige Netzgehege-Testanlage im Bodensee obwohl im Koalitionsvertrag nur von einer Aquakulturinitiative am Bodensee, aber nicht im Bodensee die Rede ist. Es kann nicht sein, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg im größten Trinkwasserspeicher Europas eine Fischzuchtanlage mit allen Risiken einrichten will. Die Zuctfische erhalten Antibiotika und andere Medikamente, welches sich frei im See verbreiten kann. Es gibt in ganz Europa kein vergleichbares Projekt. Entweder hat man einen See zur Trinkwasserspeicherung oder zur Fischzucht. Beides zusammen gibt es bislang nicht. Ich habe keine Probleme mit der Fischzucht am Bodensee, also an Land. Es kann Bodensewasser dafür verwendet werden, solange der Wasserkreislauf im Notfall vom Bodensee getrennt werden kann. Solange ich als andtagsabgeordneter vom Bodensee die Möglichkeit habe, werde ich dieses Vorhaben verhindern, notfalls mit einem Bürgerentscheid. Ich glaube nicht, dass sich die 4 Mio. Kunden vom Bodenseewasser in Baden-Württemberg dieses Vorhaben gefallen lassen	Die Zahl aller Menschen, die qualifiziert betreut werden müssen, steigt stetig an. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen alle zusammenwirken: Wir brauchen den Einsatz der Familienangehörigen, das Angebot privatver und kommunaler Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen, die Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf qualifiziert, anspruchsvoll und menschlich betreuen und pflegen. Das Land muss die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen. Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, das bestehende Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen kritisch überprüfen.	Wichtig finde ich, dass wir das Gleichgewicht beibehalten. So muss der Staat und das Land seinen Teil beitragen, genauso wie der einzelne Bürger. Die Verwaltung muss Nachhaltigkeit vorleben und ihre Bedarfsdeckung auch an grünen und nachhaltigen Kriterien ausrichten. Wir müssen weg von einem Umdenken im Konsumentenbereich von Nöten ist. Das Einkaufsverhalten ist mir persönlich dabei besonders wichtig. Mich einschreckt es oft, wie Quantität vor Qualität steht und dadurch das Geld oft in falsche Richtungen fließt. Wir triggern unser Belohnungssystem indem wir zwei Packungen Würstchen kaufen zum Preis von zwei Euro, und die zweite Packung wegschmeißen, weil wir sie dann doch nicht essen, anstelle eine lokale Portion Würstchen für zwei Euro, die unseren moralischen und ethischen Ansprüchen gerecht wird, und dann gerne mehr bezahlen. Mich einschreckt es oft, wie Quantität vor Qualität steht und dadurch das Geld oft in falsche Richtungen fließt. Wir triggern unser Belohnungssystem indem wir zwei Packungen Würstchen kaufen zum Preis von zwei Euro, und die zweite Packung wegschmeißen, weil wir sie dann doch nicht essen, anstelle eine lokale Portion Würstchen für zwei Euro, die unseren moralischen und ethischen Ansprüchen entspricht, und die man gerneßen und schätzen kann. allem zusammen: Wir brauchen nachhaltige Städte und Gemeinden, nachhaltigen Konsum und Produktion und zum Beispiel weniger Plastikmüll, der leider während der Pandemie wieder mehr wird. Stichworte sind Coffee-to-go-Becher und Verpackungsmüls verursacht vom Online-Einkauf und Abhol- und Lieferservices.	Mir ist der soziale Aspekt besonders wichtig. Damit die Nachhaltigkeit gelingen kann müssen wir alle mitnehmen und dürfen keine Anliegen vergessen. Auch an die ärmsten muss gedacht werden. Außerdem müssen aus meiner Sicht auch die am stärksten in die Pflicht genommen werden die am meisten Emissionen verursachen. Das sind nachweislich Menschen mit besonders großem Reichtum und rücksichtslose Großkonzerne	Die Nachhaltigkeit ist allübergreifend und nicht mehr nur ein Begriff aus der Forstwirtschaft und demnach aus dem Umweltrecht. Sämtliche Entscheidungen und Handlungen sollten unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit beleuchtet werden.	Aus gutem Grund sprechen wir häufig von den drei Säulen der Nachhaltigkeit, weil sie nicht so leicht gegeneinander ausgespielt werden können. So ist für mich eine ökonomisch nachhaltige Lösung, die aber soziale Ungleichwerte produziert, keine gesamthaft nachhaltige Lösung. Genauso kann eine sozial nachhaltige Politik nicht funktionieren, wenn dies ökologisch mittel- und langfristig unsere Existenzgrundlage gefährdet. Was theoretisch klingt, kann man ganz praktisch betrachten, etwa, wenn das gerechtfertigte und legitime Streben von Menschen nach Wohlstand und Würde mit ökologischer Nachhaltigkeit kollidiert: Ich habe mir daher viel geraumer Zeit einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsbegriff zu eigen gemacht. Ich will erreichen, dass wir auf eine ökologisch und ökonomisch nachhaltigere Art zu Wirtschaften und zu leben hinarbeiten und bin überzeugt, dass wir dies nur schaffen, wenn wir durch soziale, nachhaltig gedachte Politik alle Menschen mitnehmen.
6	**Inwieweit haben Sie bisher die UN Agenda 2030 in ihrer politischen Arbeit eingesetzt**	Die UNO SDG sind ein anerkannter und erstrebenswertes Ziel. Gleichheit (5 und 1) und für die Kreisaufwirtschaft (Ziel 7, 9-13) die nachhaltigen Städte und regionale, Bio Lebensmittel (Ziel 13-15) will ich unterstützen.	Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN haben in hohem Maße Eingang in unsere politische Arbeit gefunden, denn auf fast alle der Ziele hat Baden-Württemberg einen Einfluss. Sie alle stehen im Einklang mit Klimagerechtigkeit, und wir haben vielfältige Maßnahmen entwickelt, um ihre Umsetzung in Baden-Württemberg voranzubringen.	Die Zahl der Menschen, die qualifiziert betreut werden müssen, steigt stetig an. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen alle zusammenwirken: Wir brauchen den Einsatz der Familienangehörigen, das Angebot privatver und kommunaler Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen, die Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf qualifiziert, anspruchsvoll und menschlich betreuen und pflegen. Das Land muss die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen. Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, das bestehende Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen kritisch überprüfen.	Die Agenda 2030 ist ein „